

VS-Bericht: Massiven Anstieg linker Gewalttaten gegen Polizei

Kürzlich ist der jährliche Bericht des Verfassungsschutzes für 2019 erschienen. Interessant dabei ist ein Bereich des Linksextremismus. Hier gab es einen deutlichen Anstieg um 39,5 Prozent auf 9.849 registrierte Straftaten. Etwas mehr als tausend davon waren Gewalttaten (2018 waren es 1.340).

Die Gewalttaten zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass sie sich auch zu einem hohen Anteil gegen Polizisten richten und nicht nur gegen Andersdenkende. Die Zahl der „Gewalttaten gegen Rechte oder vermeintliche Rechtsextremisten ist in etwa vier Mal so hoch, wie andersherum. Bei linken und linksextremen Gewalttaten stieg die Zahl der „Gewalttaten gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ um 85,1 Prozent auf 385 Straftaten. Sachbeschädigungen erhöhten sich gegenüber 2018 um weit über 1.000 Fälle auf nunmehr 3.520 Fälle. Auffallend dabei ist: Berlin führt die Länder mit den meisten linken und linksextremen registrierten Delikten an.



Zehntausende Motorradfahrer demonstrieren in zahlreichen deutschen Städten gegen Fahrverbote. Um Motorradlärm zu reduzieren, sollen künftig leichter Fahrverbote an Sonn- und Feiertagen ausgesprochen werden, plant zumindest der Bundesrat. Zu dem Maßnahmenpaket sollen beschränkte Fahrverbote an Sonn- und Feiertagen gehören. Dieses unsinnige Vorhaben sorgt seitdem für berechtigte Proteste. Wir Republikaner lehnen dieses Vorhaben ab. Hier soll eine weitere sozialistische Beschränkung freiheitsliebender Bürger eingeführt werden, die keine sachliche Begründung hat. **Kämpfen Sie mit uns dagegen!**

750 EU-Milliarden ohne feste Regeln an Süd-Staaten

Die Spitzen der EU-Politik ringen um die Ausgestaltung des europäischen Wiederaufbaufonds. Einer der strittigen Punkte zum 750-Milliarden-Euro-Paket ist die Frage, unter welchen Bedingungen das Geld an die Mitgliedstaaten fließen soll. Ein großer Teil davon sind Geldgeschenke, die nicht zurückgezahlt werden müssen und wieder vom deutschen Steuerzahler geleistet werden sollen. Bei den Rettungsschirmen in der Euro-Schuldenkrise galt die Devise von Hilfen nur gegen Reformauflagen. Das soll sich jetzt ändern, wenn es nach dem Willen der südeuropäischen Länder und der EU-Kommission geht. Statt minutiöser Reformvorgaben sollen die Mitgliedsstaaten selber ihre Reformprogramme schreiben dürfen und müssen dabei nur sehr allgemeine Vorgaben berücksichtigen. Diese Vorgaben sind die vage formulierten „länder-spezifischen Empfehlungen“, die den Mitgliedstaaten schon jedes Jahr mit auf den Weg gegeben werden. Auch dieses Geld dürfte wieder wirkungslos versickern.

Umgang mit linken Gewalttätern weiterhin zu lasch

Regelmäßig kommt es in linken Hochburgen zu massiven Ausschreitungen. Besonders auffällig sind dabei Vorfälle in und um besetzte Häuser herum, die als Zentrale der Szene gelten und als rechtsfreie Räume. Nach den erneuten Angriffen und Randalen von mutmaßlichen Bewohnern des teilbesetzten Hauses in der Rigaer Straße 94, Hotspot der linksextremistischen Szene, stehen Polizei und rot-rot-grüner Senat wieder in der Kritik. Es geht um die Frage: Wird mit den gewalttätigen Linksextremisten zu lasch und nachsichtig umgegangen? Anlass ist ein Angriff auf den Hausverwalter und den Anwalt der Eigentümer. Diese wollten erneut das Haus

betreten, was bei den Besetzern nicht auf Freunde stieß. Bereits in der Vorwoche war der Hausverwalter mit einem Baurupp im Haus. Anlass war eine Durchsuchung der Polizei im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen gefährlicher Körperverletzung und Leistungsbetrug. Dabei wurden zwei Wohnungen gesichert, die aktuell nicht vermietet sind und in denen niemand amtlich gemeldet war. Auch wurde eine illegal eingebaute Stahltür und weitere Hindernisse entfernt.

Als erneut eine Überprüfung stattfinden sollte, hatten die Bewohner ein neues Stahltor gebaut. Der Hausverwalter und sein Anwalt wurden auf offener Straße angegriffen – Schläge, Tritte, Pfefferspray.

Als die Polizei mit größeren Einheiten eintraf, waren die Angreifer wieder ins Haus geflüchtet. Die Beamten wurden am Eingang mit Feuerlöschern attackiert. Die Opfer berichteten später, Einsatzkräfte der Polizei hätten von einer Anweisung berichtet, wonach sie Straftäter nicht in das Hausprojekt verfolgen dürften. Der rot-rot-grüne Senat in Berlin stellt für die gesamte linke Szene einen verständnisvollen Partner dar.

Es darf daher nicht davon ausgegangen werden, dass jetzt oder der restlichen Amtszeit auch aktiv gegen die Hausbesetzerszene agiert wird. Schließlich möchten die Regierenden nicht ihre Klientel verstimmen.

Ausländer verwüsten REP-Infostand



Im Zuge des Kommunalwahlkampfes führen Mitglieder der Düsseldorfer Republikaner u.a. in allen Stadtteilen Verteilungen durch, sowie regelmäßige Informationsstände. Am 11.07 fand ein

solcher Stand erneut statt. Am helllichten Tag griffen zwei Migranten den Stand an, verwüsteten diesen und warfen ein Trinkgefäß in Richtung des Kopfes des OB- und Spitzenkandidaten Herrn Maniera. Bereits kurz nach der Tat solidarisieren sich schockierte Passanten mit unseren Mitgliedern. Hierzu teilte der REP-Stadtrat Maniera nach dem Überfall mit: Offenbar treffen wir thematisch genau den Punkt, wenn wir unter anderem fordern, dass kriminelle Ausländer abgeschoben werden müssen. Frei von jedem Demokratieverständnis wurde in kürzester Zeit bewiesen, wie sehr die Integration bei einigen Personen gescheitert ist. Mit unfassbarer Gewalt griffen sie am helllichten Tag den Infostand an und nahmen durch den Wurf auch Personenschäden in Kauf. Natürlich wurde der Stand auch nach dem Angriff weiter fortgesetzt und endete erst am späten Nachmittag. Wir lassen uns von solchen kriminellen Personen nicht vom weiteren Wahlkampf abhalten und werden daher unsere Einsätze künftig noch erhöhen. Ab heute lautet das Einsatzmotto: JETZT ERST RECHT!

Empörung über Herkunftsunersuchungen

Gut drei Wochen ist die Krawallnacht von Stuttgart her, bei denen überwiegend Migrantenhorden randalierend durch die Stadt zogen. Dabei wurden Polizisten und Fahrzeuge attackiert, geplündert und randaliert. Im Zuge der Ermittlungen kam es zu heftiger Kritik an der Arbeit der Polizei. Die Ermittler haben bei elf Tatverdächtigen über Behörden die Nationalität der Eltern erfragt, nachdem bei den Vernehmungen Angaben dazu offenbar verweigert worden waren. Dieses Vorgehen wurde von Linken und sonstigen Realitätsverweigerern massiv angeprangert. So wurde in der Presse gar von „Stammbaumforschung“ geschrieben, um das Vorgehen der Polizei in ein möglichst schlechtes Licht zu rücken. Spitzenvertreter etwa von SPD, Linken und den Grünen sprachen von "Rassismus". Die Stuttgarter Polizei widerspricht - und verteidigt ihre Vorgehensweise, bei gegebenem Anlass den Migrationshintergrund von Tatverdächtigen prüfen zu wollen.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann eine Abstammungsprüfungen Teil der Ermittlungen sein, um z.B. Tatverdächtige anzuklagen und verurteilen zu können, ist die Angabe von Nationalität, Geburtsort und Geburtsdatum erforderlich. Wer staatenlos ist, könne nicht abgeschoben werden. Nachforschungen unter Verwandten könnten aber zum Ergebnis führen, dass jemand noch eine Nationalität hat. Tatverdächtige unter 21 Jahren fallen unter das Jugendstrafrecht. Bei ihnen ist eine Abstammungsprüfung nötig, weil auch die Eltern haften könnten.

VS erwägt Überwachung linker Verfassungsrichterin

Die 64-Jährige Richterin Bochart, 1976 in die SED eingetreten und danach Gründungsmitglied der sog. Anti-kapitalistischen Linken, die die Überwindung der aus ihrer Sicht kapitalistischen Wirtschaftsordnung anstrebt, aber auch insgesamt die freiheitlich-demokratische Ordnung der Bundesrepublik in Frage stellt. Borchardt hat auch immer wieder mit Äußerungen zum Mauerbau und zu den Mauertoten gezeigt, dass sie tatsächlich zu den Ewiggestrigen zu zählen ist. Nun wird eine Überwachung erwogen, was schon lange notwendig ist.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mv@rep.de oder 01525-2905788

BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname
 Straße, Hausnummer
 Postleitzahl Wohnort
 Telefon Telefax
 E-Post
 Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum
 Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen
 Datum / Unterschrift
 Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.
 Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates
 Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code
 IBAN
 Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis:: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.